



Pressemitteilung

Deutsche Zivilgesellschaft fordert Ende der Sanktionen für Simbabwe

Heidelberg, Bielefeld, Berlin: (7. April) Rund 50 Einzelpersonen und VertreterInnen von entwicklungspolitischen Organisationen sprachen sich am Ende einer zweitägigen Konferenz, auf der die aktuelle Situation in Simbabwe neun Monate nach dem Sieg der ZANU-PF behandelt wurde, mehrheitlich für das Ende aller Sanktionen gegen Simbabwe sowie für eine Wiederaufnahme der Gespräche zwischen der EU und Simbabwe für bilaterale Zusammenarbeit aus.

Obwohl Wahlverlauf und Wahlergebnis in Simbabwe im Juli 2013 umstritten waren, hat die EU den Empfehlungen der SADC zugestimmt und den Wahlsieg der ZANU-PF anerkannt. Daraufhin wurden einige Einreiseverbote und Kontensperrungen aufgehoben – als eine Ausnahme bleiben die Maßnahmen gegenüber Robert Mugabe und seinen engsten Vertrauten bestehen. Die völlige Aufhebung der Sanktionen würde die Ernsthaftigkeit der EU in Bezug auf die Wiederaufnahme bilateraler Beziehungen und Verhandlungen untermauern. Die simbabwische und europäische Zivilgesellschaft hätte mit der Wiederaufnahme des Engagements der EU in Simbabwe die Möglichkeit, diesen Verhandlungsprozess zu begleiten und auf Transparenz und Rechenschaftspflicht von Seiten des simbabwischen Staates zu drängen.

„Was nutzt es, vermeintliche Druckmittel aufrecht zu erhalten, die längst ihre Wirkung verloren haben“ plädiert Prof. Brian Raftopoulos vom Solidarity Peace Trust für die Aufhebung der Sanktionen.

„Wir plädieren für einen transparenten Dialog der EU mit Simbabwe, damit Abkommen wie das Interimsabkommen zu den EPAs nicht ohne Beteiligung und ohne Wissen der Zivilgesellschaft verhandelt und unterzeichnet werden können“ erläutert Simone Knapp von der KASA, einer der veranstaltenden Organisationen. Die geplanten EPAs (Economic Partnership Agreements) lassen befürchten, dass die Armut in den Entwicklungsländern eher vertieft als beseitigt wird. Und Timothy Kondo, ein Aktivist aus Simbabwe betont, dass „ein neues Engagement der EU mit Simbabwe ein Prozess des Verhandeln“ darstellt, in dem es auch um die Rechenschaftspflicht des simbabwischen Staates gehen müsse. Dessen unbenommen müssen die Menschenrechtsverletzungen des simbabwischen Staates und seiner Organe benannt und bearbeitet werden.

Darauf pocht insbesondere Arthur Gwagwa vom Simbabwe Menschenrechtsforum, der eine Zusammenarbeit mit Menschenrechtsverletzern wie der ZANU-PF Regierung äußerst kritisch sieht und nur unter strikt kontrollierten Bedingungen akzeptieren kann.

Nach den Aussagen simbabwischer Beobachter hat sich die politische Kultur seit der Wahl nachteilig verändert. Gewalt und Intoleranz gegenüber anderen Positionen habe zugenommen. Jetzt ist es wichtig, dass ausländische Organisationen mit ihren Programmen zur Förderung einer weiteren Demokratisierung tätig werden können, das betont der Mitveranstalter Heiner Naumann von der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Offensichtlich stellt die politische Opposition, in erster Linie die MDC-T, keine Alternative zur Regierungspartei ZANU-PF dar, da sie nicht nur zerstritten ist, sondern auch das gemeinsame Bündnis von Wirtschaft, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und traditionellen Führern in der Form wie 2008 nicht mehr existiert.

Heidi Hesse vom Zimbabwe Netzwerk betont, dass Engagement auf allen Ebenen, staatlich wie nichtstaatlich, auf Augenhöhe stattfinden muss. Simbabwische Kompetenz in Politik und Wirtschaft muss als solche von der EU aufgegriffen werden. Im vorgelegten EPA-Abkommen ist dies noch nicht geschehen.“

Christoph Beninde sieht für das Zimbabwe Netzwerk noch einen weiteren Aspekt: "Zimbabwe steht vor einem weiteren Schritt in die verschärfte ökonomische Krise. In dieser angespannten Situation und angesichts der desaströsen Lage der Opposition modifiziert das Zimbabwe Netzwerk seine Haltung zur internationalen Politik gegenüber Zimbabwe". Das ZN hofft so auf eine bessere Einflussnahme auf die zukünftige Entwicklung durch den Dialog mit der Zivilgesellschaft. Dafür müssten die Bedingungen der zukünftigen Entwicklungszusammenarbeit konkretisiert werden, mit dem Ziel, die Bürger als Hauptleidtragende der Krise konkret zu erreichen. "Eine gezielte Zusammenarbeit wäre natürlich kein Freibrief, und völkerrechtliche Schritte gegenüber Verantwortlichen müssen eine Option bleiben", so Beninde.